

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1292340

Schwerstabhängige

Bundesförderung für Heroin-Therapie läuft aus

Berlin/Frankfurt (dpa/lhe) - Der Bund zieht sich Ende Februar aus der Finanzierung der Heroin-Therapie für Schwerstabhängige zurück. Davon betroffen ist auch die Frankfurter Heroin-Ambulanz, in der zur Zeit 85 Süchtige betreut werden. Folgen für sie soll es nicht geben. Der Bund könne in diesem Bereich ohne Gesetzesänderung nicht länger tätig sein, sagte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), in Berlin. Eine Gesetzesänderung werde aber von der Union "blockiert".



Heroinsspritze (ddp)

Bätzing betonte, für die Patienten ändere sich nichts: Die Behandlung mit dem synthetisch hergestellten Heroin-Ersatz Diamorphin könne über Ausnahmegenehmigungen fortgesetzt werden. Die acht Projekt-Städte müssten aber die Kosten alleine tragen. "Die Finanzierung des Bundes läuft aus." Zwischen 2002 und 2007 habe der Bund dafür knapp 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

In einem bundesweiten Modellversuch war die Wirksamkeit des synthetischen Heroins im Vergleich zur Ersatzdroge Methadon getestet und belegt worden. Die CDU hatte sich aber auf Bundesebene dem Vorhaben widersetzt, Heroin als Medikament zuzulassen und auf Rezept an Schwerstabhängige auszugeben. Die Frankfurter Einrichtung arbeitet seither mit einer Ausnahmegenehmigung.

Für die Frankfurter Ambulanz habe die Streichung des Bundeszuschusses keine direkten Folgen, erklärte ein Sprecher der Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) auf Anfrage. Es sei aber ein besorgniserregendes politisches Signal. Die Stadt habe die Mittel für die Heroinvergabe im Haushalt ohne Bundeszuschuss eingeplant. Dieser habe in der Vergangenheit ohnehin geschwankt, so dass keine genaue Summe der entgangenen Förderung genannt werden könne. Über fünf Jahre hinweg seien vom Bund 1,2 Millionen Euro geflossen. Die jährlichen Kosten des Heroinprojekts bezifferte der Sprecher auf 1,7 Millionen Euro pro Jahr. Das Land Hessen habe signalisiert, seinen jährlichen Zuschuss von 200000 Euro beibehalten zu wollen.

Die Grünen in Berlin kritisierten den Rückzug des Bundes als "Wortbruch". Sie warfen der Union "Blockade", der SPD-Spitze "Desinteresse" vor. Mit dem Wegfall der Bundesförderung sei die Weiterführung der Heroinbehandlung gefährdet.

Heroin-Projekt: **Bund steigt aus**

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 21.02.2008 um 20:29:12 Uhr
Letzte Änderung am 21.02.2008 um 22:23:30 Uhr
Erscheinungsdatum 21.02.2008